Probleme durch Halteverbote rund um Schule

Peter Pickert kritisiert die Verwaltung

Während der Bauarbeiten an der Grundschule Heinrichstraße werden in den benachbarten Straßen für etwa zwei Wochen ein Halteverbote eingerichtet und Parkplätze wegfallen. Das stellt die Bewohner des Viertels vor teilweise schwierige Parkprobleme. „Unstreitig ist, dass der Ausbau der Schule und der damit verbundene Schwerlastverkehr eine Sperrung notwendig macht, damit Baumaterial zur Schule gelangen kann", sagt der zuständige Bezirksbürgermeister Peter Pickert.

Vorher sollten die Anwohner über Einschränkungen informiert werden. Gleichzeitig wäre es laut Pickert wichtig gewesen, „die Verwaltung hätte sich von Anfang an um eine Lösung für das Parkproblem der Anwohner gekümmert". Er regt an, auch mit der nahe gelegenen Netto-Filiale an der Hingbergstraße zu reden: „Vorstellbar wäre, dass der Netto-Parkplatz außerhalb der Öffnungszeiten vorübergehend als Parkfläche für Anwohner zur Verfügung stünde." Ein weiteres Problem sieht der Stadtteilpolitiker in der vorgesehenen Verkehrsführung auf der August-Schmidt-Straße. „Gegenüber der Schule befindet sich eine mehrgruppige Kita. Dort ist mit mit entsprechendem Elternverkehr zu rechnen ist", so Pickert. Auch da brauche es Lösungen.

Ausstellung zur Historie Heißens

Seit einem Jahr gibt es das Nachbarschaftshaus in Heißen. Ein Team von Alteingesessenen und Zugezogenen, jungen und alten Menschen, hat die Coronazeit genutzt, um Bilder, Materialien und Geschichten zu sammeln. Am Sonntag, 20. September, um 11 Uhr, wird die Ausstellung mit einer Vernissage eröffnet. Neben musikalischen und kalorischen Leckereien wird es ein Podium mit Gästen geben, die aus ihrem reichen Erfahrungsschatz berichten. Anmeldung unter ☎ 0208/ 20586927 . Im Anschluss steht die Ausstellung von 14 bis 17 Uhr offen.

Bestürzt über Nazi-Chats

Die Vorwürfe gegen Kollegen schocken die Extremismusbeauftragte des Präsidiums. Dass sie die Frau des Polizei-Präsidenten ist, tue bei ihrer Arbeit nichts zur Sache

Von Deike Frey

Mindestens 29 Polizisten, größtenteils von der Mülheimer Wache, sollen seit Jahren in privaten Chatgruppen Bilder und Nachrichten mit Nazi-Hetze geteilt haben. Sie wurden vom Dienst suspendiert, die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen einige von ihnen. Silvia Richter, Extremismusbeauftragte des Polizeipräsidiums Essen/Mülheim, ist „bestürzt". Im April hatte die 50-Jährige ihren Job angetreten – und bisher keinerlei Auffälligkeiten wahrgenommen. Dass sie als Ehefrau von Polizeipräsident Frank Richter womöglich zu nah an der Behördenleitung ist und Kollegen Vorbehalte haben, sich ihr anzuvertrauen, hält sie für ausgeschlossen.

Silvia Richter ist seit April 2020 Extremismus-Beauftragte des Polizeipräsidiums Essen/Mülheim. Die Aufnahme zeigt sie im März 2019 beim Parteitag der Sozialdemokraten im Ringlokschuppen. FOTO: MARTIN MÖLLER / FFS

„Ihr wurde gespiegelt, dass die Kollegen für die Ideen der Extremisten nicht empfänglich sind."

Sylvia Czapiewski, Pressesprecherin der Polizei, berichtet über Veranstaltungen von Silvia Richter.

Im Gegenteil: Als ehemalige langjährige Staatsschutzmitarbeiterin habe sie zu etlichen der insgesamt 2300 Mitarbeiter umfassenden Behörde einen guten Kontakt, hieß es am Freitag von der Polizei-Pressestelle. Ein direktes Gespräch mit der Extremismusbeauftragten war dieser Zeitung übrigens nicht möglich; Pressesprecherin Sylvia Czapiewski übermittelte Richters Antworten.

Czapiewski beschrieb unter anderem Richters Arbeitsalltag: Sie sei Ansprechpartnerin für alle Kollegen, nehme ihre Aufgabe im Nebenamt wahr und arbeite weiter als Sachbearbeiterin im Objektschutz. Die Tätigkeit der Extremismusbeauftragten habe keine Außenwirkung, betonte Czapiewski. „Hinweise und Beschwerden von Bürgern nimmt nicht sie entgegen, sondern die Abteilung Zentrale Aufgaben." Richter berät Kollegen, ist präventiv tätig, führt Schulungen und Fortbildungen durch.

Da Corona direkten Kontakt über Monate nahezu ausgeschlossen hat, Fortbildungsveranstaltungen und Dienstunterricht untersagt waren, habe die 50-Jährige versucht, ihre Botschaft schriftlich an Mann und Frau zu bringen: per E-Mail und via Intranet. Themen waren unter anderem „neurechte Netzwerke, die Reichsbürger, Musik aus der rechten Ecke und verdächtige Symbole auf Kleidungsstücken". Hinzu kamen Infos über besondere Extremismusphänomene wie die Corona-Verschwörungstheorien. „Die Kollegen sollten immer auf dem neuesten Stand sein", so Czapiewski.

Mittlerweile, nach Lockerung der strengen Corona-Vorschriften, sei Silvia Richter wieder deutlich häufiger persönlich präsent, versuche bei Begegnungen zu sensibilisieren. „Kürzlich hat sie einen Besuch in der Synagoge organisiert, an dem coronabedingt 20 Beamte teilnehmen konnten, und für 40 Kollegen einen Vortrag des Verfassungsschutzes NRW zum Thema Rechtsextremismus initiiert." Ihre Angebote kämen an, das zeigten Gespräche. „Sie hat großes Interesse festgestellt, die Beamten als zugänglich erlebt. Ihr wurde gespiegelt, dass die Kollegen für die Ideen der Extremisten nicht empfänglich sind."

Bisher hatte Richter keinerlei Anhaltspunkte für rechtes Gedankengut. Sollte dies doch einmal der Fall sein, sie Kenntnis erlangen von strafrechtlich oder disziplinarrechtlich-relevanten Vorgängen, sei es ihre Aufgabe, den Vorfall „nach erster eigener Einschätzung" an den Behördenleiter weiterzuleiten. Ermittlungen seien mit ihrem Job nicht verbunden, betonte Czapiewski.

Klare Order vom Innenministerium

Dass dieser Behördenleiter der Ehemann ist, stelle kein Problem dar. Es sei im Erlass sogar „ausdrücklich ein Vertrauensverhältnis zwischen Beauftragtem und Leitung erwünscht", erklärte die Pressesprecherin.

Im Übrigen habe Silvia Richter die Position nur deswegen bekommen, „weil sie aus ihrer Zeit beim Staatsschutz und im Personalrat einer anderen Behörde die nötige Erfahrung und Kompetenz hat". Herr und Frau Richter pflegten „einen professionellen Umgang" miteinander.

Zu den aktuellen Vorwürfen dürfe die 50-Jährige – genau wie alle anderen Kollegen des Präsidiums – übrigens rein gar nichts sagen. „Da gibt es eine klare Order vom Innenministerium", so Czapiewski.

Stadt korrigiert Corona-Zahlen

Neuinfektionen niedriger als gemeldet

Frank Steinfort FOTO: MM

Die Stadt hat die Zahl der Corona-Neuinfektionen nach unten korrigiert. Damit liegt die Sieben-Tage-Inzidenz zwar immer noch hoch – aber nicht mehr knapp an dem kritischen Wert von 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern. In das Dashboard der Stadt seien falsche Zahlen eingelaufen. Tatsächlich gab es laut dem kommissarischen Gesundheitsamtsleiter Thomas Hecker 64 Neuinfektionen zwischen dem 11. und dem 17. September – davon acht am Donnerstag. Vier kamen bis Freitagnachmittag dazu. In dem Dashboard waren allerdings 22 für Donnerstag angegeben, so ergab sich eine Sieben-Tage-Inzidenz von zwischenzeitlich 45,1. Sie liegt aber nur bei rund 37, wie Hecker am Freitag mitteilt. Nichtsdestotrotz spricht Stadtdirektor Frank Steinfort von einer Corona-Situation, „die größten Anlass zur Sorge" gibt.

Zahlreiche Quarantänen aufgehoben

Er kritisiert, dass bei größeren Feiern in Gaststätten und Event-Hallen zuletzt Gästelisten sehr nachlässig geführt worden seien. „Dieser Mangel hat auch einer Feier in einer Nachbarstadt mit vielen Mülheimer Gästen dazu geführt, dass wir immer noch nicht alle Kontaktpersonen ermitteln konnten."

Er weist zudem nochmal darauf hin, dass die Stadt Verstöße gegen die Corona-Regeln „unnachgiebig ahnden" werde. So seien bereits eine Pizzeria und ein Lebensmittelladen im Zusammenhang mit den Infektionen auf der Feier in der Nachbarstadt geschlossen worden. Wer sich nicht an die verhängte Quarantäne halte, „dem droht ein Bußgeld oder sogar eine Strafanzeige".

Unterdessen konnten an den beiden betroffenen Kitas Regenbogenland und Fantadu sowie an der Gustav-Heinemann-Gesamtschule und der Grundschule an der Augustastraße zahlreiche Quarantänen aufgehoben werden. *lh*